

## „Ich bin in der Politik, um unsere Gesellschaft gerechter zu machen.“



Foto: Raed-Saleh.de

Raed Saleh, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, sieht sich als Kämpfer gegen Lobbyisten. Er macht sich allerdings auch immer wieder einen Namen als Vertreter des reinsten Populismus. Am 9. Oktober nahm er an einer Konferenz der Berliner Jungsozialisten teil. Eingeladen hatte der SPD-Nachwuchs Parteichef Michael Müller, der jedoch den Termin nicht wahrnehmen konnte. Daraufhin fragten die Jusos bei Saleh nach, der erschien und die Gelegenheit zu einem Rundumschlag gegen Michael Müller und Peter Strieder, Bürgermeister von Kreuzberg (1992-1995), Stadtentwicklungssenator (1996-2004) und SPD-Parteivorsitzender (1999-2004), nutzte.

Müller kriegte sein Fett gleich in der Begrüßung ab. „Wenn die Jusos rufen, hat man zu kommen.“ Höhepunkt des Auftritts von Saleh war der Rechenschaftsbericht über seinen Kampf gegen Lobbyisten. Der Tagesspiegel berichtete am 10. Oktober: *„Er erzählte eine Geschichte, die bisher nur in Hintergrundrunden bekannt war: Nachdem er 2011 als Fraktionschef gewählt worden war, besuchte ihn Chef-Lobbyist Peter Strieder. Der frühere Landesvorsitzende habe ihn ‚versucht zu belehren, dass es zum Beispiel nicht klug wäre, das Stromnetz wieder zurückzukaufen‘. Strieder habe ihm noch gesagt: Sollte er dies oder das nicht machen, werde er schneller seinen Posten verlieren als ihm lieb wäre. ‚Das habe ich mir angehört und gesagt: Peter, Du hast ab sofort fünf Jahre Hausverbot bei mir im Abgeordnetenhaus.‘ Die Jusos applaudierten lautstark.“*

Auch im Newsletter des Tagesspiegel-Chefredakteurs Lorenz Maroldt wurde über Salehs Auftritt bei den Jungsozialisten berichtet. *„Wenn die Jusos rufen, hat man zu kommen“, rief SPD-Fraktionschef Raed Saleh dem versammelten sozialdemokratischen Nachwuchs zu - kleiner Seitenhieb auf Michael Müller, der einer Einladung zur Landesdelegiertenkonferenz nicht gefolgt war. Eine volle Breitseite bekam dagegen Ex-Bausenator Peter Strieder ab, der auch ohne Amt oder Mandat weiter Politik machen will - im Auftrag und Interesse von Investoren. Zum ersten Mal öffentlich erzählte Saleh die Geschichte, wie er Parteifreund Strieder wegen dessen „Belehrungen“ aus seinem Büro verwies - und mit fünf Jahren Hausverbot belegte. Anderswo hat er seine Dauereintrittskarte allerdings behalten. Zitat Ende.*

Am 13. Oktober fand der Vorgang erneut Erwähnung in Maroldts Newsletter: *„So, was noch... ah, hier, ein bisschen Post: Baulöwen-Vorleger Peter Strieder hat mal wieder seinen Liebling Kreuzberg mit Schreibarbeiten beschäftigt, ihm fallen nur keine neuen Überschriften ein - immer steht ‚Unterlassung‘ und ‚Gegendarstellung‘ drüber (und ‚Gegenstandswert 40.000 Euro‘ drunter). Diesmal geht's um Parteifreund Saleh, der den Jusos erzählte, dass er den belehrenden und drohenden Ex-Senator seines Büros verwiesen und mit Hausverbot belegt hat. Ist natürlich eine blöde Sache, sowas. Strieder möchte deshalb, dass wir schreiben, dass er 1) gar kein Mandat im Zusammenhang mit dem Berliner Stromnetz besitzt oder besaß, (komisch, hatte das wer behauptet?), 2) er Saleh nicht damit drohte, dass er schneller seinen Posten verliert als ihm lieb sei, wenn er ‚dies und das‘ nicht macht, und 3) gar kein Hausverbot erteilt bekommen hat. Na ja, wir überlegen uns das noch mal, ob wir das wirklich drucken sollen.“*

Am 20. Oktober um 12:52 Uhr hatten die Überlegungen des Tagesspiegels ein Ende. Die nachfolgende Gegendarstellung wurde veröffentlicht: *„Sie schreiben über die Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD im Berliner Abgeordnetenhaus vor der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos am Wochenende: ...Und erzählte eine Geschichte, die bisher nur in Hintergrundrunden bekannt war: Nachdem er 2011 als Fraktionschef gewählt worden war, besuchte ihn Chef-Lobbyist Peter Strieder. Der frühere Landesvorsitzende habe ihn „versucht zu belehren, dass es zum Beispiel nicht klug wäre, das Stromnetz wieder zurückzukaufen“. Strieder habe ihm noch gesagt:*

1

*Sollte er dies oder das nicht machen, werde er seinen Posten schneller verlieren als ihm lieb wäre. „Das habe ich mir angehört und gesagt: Peter, Du hast ab sofort 5 Jahre Hausverbot bei mir im Abgeordnetenhaus.“*

*„Zu diesem Besuch stelle ich fest: Ich habe mit Herrn Saleh nicht über die Rekommunalisierung des Stromnetzes gesprochen. Ich habe Herrn Saleh auch nicht angekündigt, dass er schneller seinen Posten verlieren werde als ihm lieb sei, wenn er ‚dies oder das‘ nicht mache. Er hat mir auch kein Hausverbot für sein Büro erteilt.“*

Berlin, den 13.10.2016

Peter Strieder

nachzulesen unter:

<http://m.tagesspiegel.de/berlin/zur-ausgabe-des-10-oktober-gegendarstellung/14715258.html?r=7771522#comments>

Im Checkpoint-Newsletter des Tagesspiegels ist von der Gegendarstellung heute nichts zu lesen. Dafür über Reichsbürger, Fahrräder und Sexismus und über einen Schwibbogen mit Berlin-Panorama.

Vermutlich hat es ein Gespräch zwischen Saleh und Strieder gegeben, vermutlich unter vier Augen, so dass Aussage gegen Aussage stehen wird. Saleh dürfte seine Schilderung des Gesprächs nicht zurücknehmen, und Strieder beharrt darauf, die fraglichen Äußerungen nicht gemacht zu haben. Vieles spricht dafür, dass Strieder Saleh nicht gedroht hat. Womit auch. Strieders Macht innerhalb der SPD, weder in der Fraktion noch in der Partei, würde ausreichen, um Saleh aus dem Amt zu hieven. Selbst in einem Vier-Augen-Gespräch ist niemand so dämlich, einem Fraktionsvorsitzenden zu drohen, weil die Gefahr besteht, dass dieser - vor allem seinen Freunden in den Medien - darüber berichtet wird. Offensichtlich hat Saleh die angebliche Geschichte schon überall hinter vorgehaltener Hand herumerzählt. Den Wahrheitsgehalt wird niemand überprüfen können. Von Saleh weiß man, dass er sehr viel telefoniert und fast den ganzen Tag über Gespräche führt. Die Journalisten hören sich das an und machen sich ihre eigenen Gedanken. Und der Tagesspiegel berichtet natürlich darüber.

Dass Saleh Strieder Hausverbot für sein Büro erteilt hat, klingt abenteuerlich, denn Saleh ist nicht Hausherr im Preußischen Landtag. Dieses Recht steht natürlich dem Parlamentspräsidenten zu. Da Saleh nach eigenen Angaben Strieder Hausverbot für fünf Jahre erteilt hat, müsste es dieser Tage erneuert

werden. Warten wir also die Pressemitteilung ab, in der Saleh das Hausverbot für die nächsten fünf Jahre verlängert.

Lorenz Maroldt hat am Dienstag, dem 11. Oktober in seinem Frühkommentar bei RadioEins, Salehs angebliche Haltung gegen Lobbyisten gewürdigt und betont, dass so ein Mann eines Tages Regierender Bürgermeister werden könnte, was auch der Stadt gut zu Gesicht stünde. Saleh kann sich eigentlich seine Pressestelle sparen, wenn man so prominente Fürsprecher hat.

Der ganze Vorgang zeigt aber noch etwas anderes auf. Nicht der wuchernde Lobbyismus, sondern die Verabschiedung von Anstandsregeln. Es ist offenbar heutzutage nicht mehr möglich, selbst in einem Vier-Augen-Gespräch davon auszugehen, dass dieses vertraulich bleibt. Frank Henkel musste leidvoll erfahren, dass eine Bemerkung über eine Frau zu einem „Parteifreund“ sofort brühwarm dieser weitererzählt wurde. Und in einem Vier-Augen-Gespräch mit Raed Saleh muss man offensichtlich auch sehr vorsichtig sein. Egal, welche Version stimmt, Inhalte von vertraulichen Gesprächen haben weder etwas auf Parteiversammlungen noch in den Medien zu suchen.

## Schockmeldung

Während die meisten Meldungen im Tagesspiegel-Newsletter sich eher an Banalitäten zu übertrumpfen versuchen, hat uns die folgende wirklich schockiert:

„Gerüchte wabern schon seit Monaten über die Flure, gestern aber dürften die Kollegen der „Berliner Zeitung“ geschockt gewesen sein. Wie die „Zeit“ berichtet, plant Eigentümer DuMont „das Ende des Unternehmens in seiner heutigen Struktur“ – und einen radikalen Stellenabbau. Die Zeitung soll mit dem Boulevardblatt „Kurier“ künftig in einem Newsroom produziert werden und sich auf „Lokales und Digitales“ konzentrieren – mit einem Angebot, zugeschnitten auf die „Leser in Pankow, Lichtenberg, Marzahn, Prenzlauer Berg und Mitte“. Eine schlechte Nachricht für die Mitarbeiter, für den Medienstandort Berlin. Im Chor der Hauptstadtspresse wird wohl eine Stimme sehr viel leiser.“

Es wäre eine Katastrophe, wenn die Berliner Zeitung nicht mehr einen Landespolitikteil hätte. Eine äußerst objektive und gerechte Stimme als Gegenpol zum Tagesspiegel würde fehlen. Was ist das für eine Botschaft: Eine Tageszeitung für Ostberlin? Ich dachte, wir hätten uns weiterentwickelt.

**Ed Koch**